



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/204 - 2.9.55

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Dr. Adenauer und die deutsche Einheit	S. 1
Erich Ollenhauers Wahlkampfreise	S. 4
Gemeinsame Außenpolitik ?	S. 6

Anh.: Professor Weissers Antwort an die FAZ

Kennt der Kanzler Königsberg ?

(sp) Ist Bundeskanzler Dr. Adenauer eine große, bleibende Figur der deutschen Geschichte ? Zeitgenossen vermögen solche Fragen nie gültig zu beantworten. Sie neigen eher dazu, die menschliche Erscheinung bei der Wertung stärker zu berücksichtigen, als die Nachwelt das tun wird. Dr. Adenauer ist in seinem Alter von einer erstaunlichen Elastizität und Arbeitskraft. Er hat es mit großer Geschicklichkeit verstanden, sich die Publizität eines "großen alten Mannes" zu geben, wobei er amerikanische Rezepte mit Erfolg verwendet. Daß er dunkelrote Rosen und eine Schar von Kindern hochgezüchtet hat, macht ihn der hausbackenen Fantasie seiner Anhängerschaft greifbar. Eine spätere Zeit wird freilich auch ihn des Beiwerks entkleiden und nur nach der politischen Leistung fragen.

Der erste Bundestag in Bonn hatte einen Bundeskanzler zu wählen, der nach dem Grundgesetz auch die ost- und mitteldeutsche Bevölkerung zu repräsentieren und auch ihre Interessen wahrzunehmen hat. Für eine solche Aufgabe war Dr. Adenauer seinem Wesen nach höchst ungeeignet. Denn er ist kein Gesamtdeutscher, sondern bewußter Westdeutscher. Wenn er kürzlich am Sarkophag des Alt-Reichskanzlers Bismarck "weilte", dann kann er in dieser stummen Zwiesprache dem Fürsten nur Verwürfe gemacht haben,

"Die deutsche Kultur hört doch an der Elbe auf", sagte Konrad Adenauer im Jahre 1947 dem späteren gesamtdeutschen Minister Jakob Kaiser. "Sein Horizont ist ohne seine persönliche Schuld irgendwie eng geblieben", schreibt der britische "Observer" am 21. August 1949; "er ist kraft eigener Einsicht ein guter Europäer, aber sein Europa endet an den Grenzen des alten Römischen Reiches, unter Ausschluß eines großen Teiles seines eigenen Landes".

Berlin eine Kolonialstadt ?

Bismarck sah in Berlin den Mittelpunkt eines deutschen Staates. Dr. Adenauer hat diese Stadt immer nur mit feindlichen Augen gesehen. Umso unverständlicher mußte es erscheinen, wenn ihm die Berliner bei seinen wenigen Besuchen zujubelten, umso unverständlicher, daß er sie landesväterlich mit "Meine Lieben Berliner" ansprach. Welcher Deutsche hat es je gewagt, von Berlin als einer "Kolonialstadt" zu sprechen? Adenauer tat das im Jahre 1946, wobei er damals den Widerspruch des Berliner CDU-Organs herausforderte, das diese Formulierung des heutigen Bundeskanzlers als eine "Sünde gegen den deutschen Osten" brandmarkte. Im Jahr darauf bekannte der im Kölner Klerikalismus befaßte Politiker einem Vertreter der "Gazette de Lausanne": "In Berlin fühle ich mich wie in einer heidnischen Stadt", und so ist es nur konsequent, wenn er auch für die Zukunft eine andere deutsche Hauptstadt immer wieder forderte. "Kein Zweifel, daß sein Eintreten für "Deutschlands Hauptstadt unter den Roben" sogar bei vielen seiner Parteifreunde Mißbilligung hervorgerufen hat", schreibt die Hamburger "Zeit" im Jahre 1949 - für ihn ist Berlin eine sündhafte Stadt "zwischen Kartoffelfeldern". Ein anderes Mal äußerte er, wie man in der "Welt" vom 30.11.46 und in "Tagesspiegel" vom 12.11.46 nachlesen kann, die Hauptstadt der künftigen Zentralregierung Deutschlands müsse am Main liegen, denn das sei altes deutsches Kulturland und kein Kolonialland...

Konrad Adenauer ist nicht nur in Köln aufgewachsen, er ist auch in der Kölner Rathaus-Atmosphäre groß geworden. Vielleicht erklärt das - zum Teil wenigstens - seine tiefe Abneigung gegen die alte Reichshauptstadt. Für den Beherrscher einer rheinischen Großstadt mußte jede einengende Direktive aus der preußischen Hauptstadt Berlin kommen, und so mag sich für ihn eine unüberwindbare Abneigung in seiner 50jährigen politischen Laufbahn gegen alles herausgebildet haben, was "aus dem Osten" ist. Wenn Konrad Adenauer heute als Bundeskanzler Reden hält, dann neigt er zu Formulierungen wie: "Von Osten her droht ein neues Heidentum, der Rückfall in Barbarei und ein Sklaventum, das die Bewohner der Bundesrepublik unterjochen will, um ihnen Kirche, Freiheit und Christentum zu nehmen", (28.8.1952 in Köln). Seine Zuhörer beziehen die Wendung Adenauers vom "Ansturm des Heidentums aus dem Osten" auf die kommunistische Sowjetunion. Nur der Analytiker der politischen Persönlichkeit Adenauers weiß, daß er mit dem Begriff Osten mehr verbindet als den Bolschewismus.

Adenauer und der Separatismus

Die britische Wochenschrift "Observer" schrieb in ihrer Betrachtung über den Bundeskanzler von einem "kleinen Flirt mit den rheinischen Separatisten". Es wäre heute kaum einwandfrei zu klären, wie weit der damalige Oberbürgermeister von Köln mit dem Herzen bei der separatistischen Sache war, und wie weit er den Separatismus bekämpft

hat. Die Zeiten waren damals turbulent, und wer weiß immer zur rechten Zeit, wie der Mase läuft? Es steht jedenfalls fest, daß Dr. Adenauer zeit seines Lebens den Ausgleich mit Frankreich als Voraussetzung jeder deutschen Außenpolitik angesehen hat. So richtig diese Politik sein mag: Sie müßte ihre Ergänzung finden durch eine Politik, die auch den Bedürfnissen der mittel- und ostdeutschen Bevölkerung Rechnung trägt. Der Bundeskanzler wird sich bei seinen Besuchen in Frankreich von jeder Kathedrale angesprochen fühlen; hier findet er die Parallele zu seinem Lebens- und Kulturkreis, hier entdeckt er die Verwandtschaft des rheinischen Temperaments mit der heiteren französischen Lebensauffassung, hier fühlt er sich auch religiös geborgen. Aber Berlin ist ihm schon eine heidnische Stadt und Königsberg ist seinem Wesen so fremd wie nichts im Westen. Man wird jedem Deutschen zuhändigen, in seinen Sympathien mehr der westlichen oder der östlichen Kulturwelt zuzuneigen. Wenn sich aber ein deutscher Politiker eben nur seiner engeren Heimat verpflichtet fühlt, dann fängt die Sache an bedenklich zu werden. Wer ein zentrales Amt in der deutschen Politik verwaltet, muß allerdings mit seiner Persönlichkeit gesamtdeutsch zu fühlen imstande sein. Der Reichtum des deutschen Volkes besteht ja gerade in der Vielfalt, die kulturell und geistig zwischen Königsberg und Köln ausgebreitet liegt, und darum ist es ein nationales Unglück, wenn Politiker bestimmend in die deutschen Geschicke eingreifen, für die jenseits der Elbe nur "Kolonialland" liegt.

Brücke zum Ostdeutschen fehlt

Wir können nicht von einem Bundeskanzler verlangen, daß er gleichzeitig in Köln und in Königsberg geboren ist. Aber wir können verlangen, daß er wenigstens geistig in beiden Städten beheimatet ist. Hier aber wird die Enge sichtbar, in der der Kölner Adenauer befangen ist. Der bisherige Bundeskanzler hat zwar Brücken über den Rhein gebaut, aber er vermag es nicht, die Brücke zum Ostdeutschen zu schlagen. Ein deutscher Bundeskanzler, der wohl Köln, aber nicht Königsberg und Kant begriffen hat? Es gehört auch Toleranz zu einem gesamtdeutschen Amt, eine Tugend, die gewiß nicht von Dr. Adenauer erfunden worden ist. "Die Zeit" schrieb von ihm: "Selbst diesem Mann ist jener Hang zur Intoleranz eigen, der ein Kriterium deutscher Partecipolitiker zu sein scheint".

Darum ist der Brückenbauer über den Rhein kein Brückenbauer über die Elbe. Sein Ziel ist vielmehr die fortschreitende Stabilisierung des Westens in einer wirtschaftlichen, staatlichen und religiösen Gemeinschaft. Dieses Ziel wird mit doppelter Energie verfolgt, weil bei dieser neuen Staatlichkeit das "Heidnische" des Koloniallandes jenseits der Elbe ausgeschlossen bleibt. Die Parole der Wiedervereinigung auf den Lippen, geht der Bundeskanzler auf fünfzig Jahre berechnete Bindungen einer nur westeuropäischen Lebensgemeinschaft ein, die eine gesamtdeutsche und eine gesamteuropäische Einigung unmöglich machen muß. Der Bundeskanzler ist sich dessen wohl bewußt. Aber gerade darin, in der Beschränkung auf den alten Kulturkreis am Rhein, sieht er seine Mission. Er ist Kölner Oberbürgermeister geblieben, ohne die geistige Weite in Deutschland zu erfassen. Die Aufspaltung Deutschlands in Besatzungszonen hat hüten und drüben manchem Politiker zu einem Aufschwung verholfen, gerade wenn er nicht gesamtdeutsch dachte und handelte. Es wird ein Zeichen der Selbstbehauptung des deutschen Volkes sein, wenn Politiker in den Vordergrund treten, die der Vielfalt des deutschen Volkes und damit seinem inneren Reichtum Ausdruck zu verleihen vermögen. Deutschland liegt nicht nur am Rhein und nicht nur in Westeuropa. Deutschland liegt zwischen Köln und Königsberg und im Herzen, nicht am Rande Europas.

Deutschlandfahrt für Deutschlands FreiheitErich Ollenhauers 13000-km-Wahlkampfreise

-tt- Nur wenige Stunden vor der Öffnung der Wahllokale in der Bundeshauptstadt wird Erich Ollenhauer in seine Wohnung am Bonner Venusberg zurückkehren. Im späten Samstagnachmittag spricht er noch einmal im rheinischen Industriegebiet. Vier Wochen hindurch hat der SPD-Vorsitzende nach dem genau ausgearbeiteten Generalstabsplan seiner Wahlkampfreise gelebt. Der Blick nach der Uhr, das Suchen im Autoatlas nach der günstigsten Straße, das Geizen mit der Zeit und das Berechnen von Kilometern waren zu einem Muß geworden, dem sich keiner des kleinen Teams entziehen konnte, das Erich Ollenhauer auf seiner Deutschlandfahrt begleitet hat, die mit zwei Kraftwagen durchgeführt wurde. Aber die unerschütterliche Ruhe des Oppositionsführers hat ausschlaggebend dazu beigetragen, daß es in den ganzen vier Wochen zu keiner einzigen Panne gekommen ist, daß der Reiseplan genau eingehalten wurde und daß die Kundgebungen zur festgesetzten Minute beginnen konnten.

Diese selbstverständliche Rücksichtnahme auf die schaffenden Menschen, die nach einem langen Arbeitstag in seine Versammlung kamen und daher nicht warten sollten, ist typisch für Erich Ollenhauer. Es geht ihm im Leben und in der Politik nur um die Menschen. Und sie spüren das genau, denn ihr Beifall ist herzlich und der Händedruck, zu dem sie sich nach der Versammlung drängen, ist ehrlich und aufrichtig gemeint. Die Menschen wissen, daß dieser Mann zu dem steht und stehen wird, was er ihnen in knappen und klaren Sätzen sagt. Das deutsche Volk ist der ewigen Phrasen so müde geworden, daß die unbedingte und saubere Sachlichkeit Ollenhauers dankbar und zustimmend aufgenommen wird. Sagen, was ist: In dieses Leitwort hat sich der SPD-Vorsitzende in jeder seiner mehr als 50 Massenversammlungen unbefremdet gehalten, auch an jenen Tagen, an denen die parteipolitischen Gegner ihren Schmutz kübelweise auf die SPD und auch auf Ollenhauer selbst zu gießen versuchten. Selbst in Hamburg, als 20000 außer sich geratene Menschen gegen den Insult des Kanzlers, die SPD verrate des deutschen Volk, mit minutenlangen Pfui-Rufen protestierten, befaßte sich der SPD-Vorsitzende nicht länger als fünf Minuten mit Herrn Dr. Adenauer und sprach dann wieder ruhig und sachlich über das Regierungsprogramm der Sozialdemokratie.

Die Zehntausende waren gekommen, um zu erfahren, nach welchen Vorstellungen die SPD die Leitung der Geschichte der Bundesrepublik zu übernehmen gedenkt, und sie hatten einen Anspruch darauf, sachlich unterrichtet zu werden. Deshalb waren in Hamburg 20000 zu Erich Ollenhauer gekommen und 8000 zu Dr. Adenauer, deshalb standen in Wilhelmshaven 10000 im kühlen Nachtwind auf dem Rathausplatz, als Erich Ollenhauer sprach, während Prof. Erhard vor knapp 400 in einer Saale referierte, der 1500 faßt, deshalb stimmten in Augsburg 3500 dem Oppositionsführer begeistert zu, während Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer nur 50 antraf. Und deshalb machten sich in den vier Wochen der Deutschlandfahrt Erich Ollenbauers insgesamt rd. 200000 Menschen auf, um aus dem Munde des Oppositionsführers zu hören, was ist und was sein wird.

Wie immer auch die Wahl am 6. September ausgehen mag, eines ist jetzt schon sicher: Erich Ollenhauer hat durch seine Gradlinigkeit, seine Sauberkeit und seine Überzeugungskraft in diesen vier Wochen für die deutsche Sozialdemokratie einen ganz außerordentlichen Erfolg in deutscher Volke errungen, dessen Auswirkungen noch nicht zu überschätzen sind. Erich Ollenhauer wird, wenn das Votum des deutschen Volkes seiner Partei und ihm die Verantwortung übertragen sollte, seine größte Verpflichtung genau kennen, denn die hat ihm die rückhaltlose Zustimmung der 200000 in allen Teilen Westdeutschlands gezeigt, wenn er von der drängenden Forderung der SPD nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit auf friedlichem Wege gesprochen hat. Ob in München oder in Hof, ob in Dortmund oder in Aachen, ob in Trier oder in Augsburg, ob in Mannheim oder in Worms, ob in Büsselforf oder in Hamburg, ob in Wilhelmshaven oder in Hannover, ob in Braunschweig oder Minden: Wo immer auch Erich Ollenhauer nach der Einheit Deutschlands in Freiheit und Frieden rief, da antworteten ihm die Menschen mit begeistertem Beifall.

Nach dem Ausland kann nicht mehr daran zweifeln, daß Deutschland sein großes nationalpolitisches Ziel hat: Die Wiedervereinigung in Freiheit. Daß dieses Ziel auf friedlichem Wege erreicht werden soll, das hat Erich Ollenhauer den deutschen Volke für die SPD versprochen. Andere wollen andere Wege gehen. Die Wahl des Wagens liegt allein in unserer Hand.

+ + +

Adenauer wollte nicht

Von Willy Brandt

Im Verlauf des Wahlkampfes ist verschiedentlich die Meinung vertreten worden, daß ein engerer Kontakt zwischen Regierung und Opposition in den Fragen der deutschen Außenpolitik zu begrüßen gewesen wäre. Neuerdings werden sogar Unterschriften für einen Aufruf gesammelt, in dem eine "gemeinsame" Außenpolitik gefordert wird. Dazu ist zweierlei zu bemerken:

Eine gemeinsame Außenpolitik würde mehr voraussetzen, als daß gewisse Formen des Kontaktes zwischen Regierung und Opposition eingehalten werden und daß die Opposition ausreichend unterrichtet wird. In erster Linie würde es auf eine Verständigung über den Inhalt und die entscheidende Zielrichtung der deutschen Politik ankommen. Dafür haben bisher die Voraussetzungen gefehlt.

Zum anderen hat die Erfahrung der vergangenen vier Jahre und insbesondere der letzten Wochen gezeigt, daß der bisherige Bundeskanzler und Außenminister nicht einmal gewillt war, die in demokratischen Staaten üblichen Formen des Kontaktes mit der Opposition zu wahren. Er hat eine Verständigung mit der Opposition - unabhängig davon, ob sie inhaltlich möglich gewesen wäre - gar nicht gewillt.

Im Laufe dieses Sommers hat sich die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages nicht weniger als viermal um ein ernstes Gespräch über jene Fragen bemüht, die durch die veränderte außenpolitische Lage und durch das neue Viermächtegespräch über Deutschland aufgeworfen werden. Jeder dieser Versuche ist auf die Ablehnung Adenauers gestossen, dessen Bereitschaft zur "Verständigung" sich darin zu erschöpfen scheint, daß er die Zustimmung zu seiner schmalspurigen, durch die Entwicklung widerlegten Politik verlangt.

Ende Juni wurde dem Bundeskanzler in einem Gespräch mit Vertretern der Opposition nahegebracht, daß die SPD Wert darauf lege, über das Verhandlungsprogramm der Regierung für die bevorstehenden Verhandlungen unterrichtet zu werden. Die SPD bekundete ihr lebhaftes Interesse an einer gemeinsamen, internen Erörterung solcher Probleme, über die insbesondere in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands zu befinden sein wird. Diese Anregung blieb ohne positive Antwort.

Am 1. Juli lehnten die Regierungsparteien - mit dem Bundeskanzler an der Spitze - durch momentliche Abstimmung im Bundestag nicht nur den Teil des sozialdemokratischen Antrags ab, der sich für sofortige Viermächte-Verhandlungen aussprach. Sie stimmten auch jenen Vorschlag nieder, der die gemeinsame Beratung eines internen deutschen Verhandlungsprogramms zum Ziel hatte.

Im Anschluß daran haben die Vertreter der SPD im Laufe des Monats Juli noch zweimal Sitzungen des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten besucht, um die sachliche Notwendigkeit gemeinsamer Beratungen aufzuzeigen. Es wurde angeregt, mindestens die beiderseitigen Informationen - vor allem auch über die Vorgänge in der Sowjetzone - zusammenzutragen und die beiderseitigen Beurteilungen auszutauschen. Der Bundeskanzler hat auch diese Vorschläge nicht aufgegriffen.

Stattdessen ließ er durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine nachträgliche Unterrichtung der Bundestagsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für gesamtdeutsche Fragen in Aussicht stellen. An Hand konkreter Beispiele kann inzwischen nachgewiesen werden, daß die Vertreter des Bundestages in gewissen Fällen falsch unterrichtet worden sind. Die ihnen gemachten Mitteilungen waren außerdem bis zu zwei Monate alt und unterschieden sich kaum von dem, was der Bundeskanzler zur allgemeinen Veröffentlichung freigeben zu sollen glaubte.

Darmit ist erwiesen, daß der bisherige Bundeskanzler an einer gemeinsamen, verantwortlichen Erörterung und Bearbeitung der außenpolitischen Fragen und insbesondere des Problems der Wiedervereinigung nicht interessiert gewesen ist.

+ + +

RP-Verleumdung gestellt

(sp) Auf die Klage des SPD-Vorstandes hat das Landgericht in Koblenz den verantwortlichen Herausgeber der getarnten kommunistischen Zeitschrift "Sozialistische Aktion" in Rheinland-Pfalz, Arthur Lutterbach, Wolkenbach/Westerwald, verurteilt, in seiner Zeitschrift alle Äußerungen und Redewendungen zu unterlassen, die geeignet sind, den Eindruck zu erwecken, als handele es sich um eine Veröffentlichung oder Verleumdung der SPD und darüber hinaus alle Äußerungen und Redewendungen zu unterlassen, die geeignet sind, den Eindruck zu erwecken, als sei Lutterbach selbst Mitglied der SPD. Es erging ein Verurteilungsbescheid, gegen das Lutterbach keinen Einspruch einlegte, so daß das Urteil nach Ablauf der gesetzlichen Frist nunmehr rechtskräftig ist.

+ + +

An unsere Bezirker

Wir machen insbesondere auf den obliegenden Artikel von Professor Dr. W E I S S E R aufmerksam. (D.Red.)

Vorantwortlich: Peter Rauau